

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Bezugsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Ostpreußen als Vorbild.

Der Einfall der Russen in Ostpreußen hat durch die dabei entwickelte Zerstörungswut dem Lande schwere Wunden geschlagen. Abgesehen von der Vernichtung vieler Menschenleben und dem gewaltigen Sachschaden, der bei dieser Gelegenheit angerichtet wurde, sind nach amtlicher Feststellung 33 553 Gebäude zerstört worden. Gegenwärtig regen sich viele Tausende fleißiger Hände, um den Schaden soweit als möglich wieder gutzumachen. Wenn die Wiederaufbauarbeiten auch von der Vollendung noch sehr weit entfernt sind, so kann doch mit Gewissheit behauptet werden, daß die zerstörte Provinz, einem Rhönig gleich, schöner und stattlicher aus ihrer Asche auferstehen wird.

Die Wirkung des Russeneinfalls war ungeheuer schmerzhaft. Aber jetzt schon, wo der Vorgang einige Zeit hinter uns liegt und Sicherheit dafür besteht, daß er sich nicht wiederholen wird, gewinnt man allmählich die Fähigkeit, die Dinge von höherem Gesichtspunkt zu betrachten. Es ist ein etwas kühner Vergleich, aber im Grunde genommen nicht ganz unberechtigt, dem russischen Raubzug mit dem Prinzen im Märchen zu vergleichen, der die Provinz aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt hat. Gewerbe und Industrie waren bis zum Kriegsausbruch in Ostpreußen schwach entwickelt. Dem entsprachen auch die Arbeitsverhältnisse. Lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne bewirkten, daß die ostpreussische Arbeiterschaft bescheidene Ansprüche an die Lebenshaltung stellen mußte. Die regsamen Elemente bekundeten stets große Neigung, nach dem Westen abzuwandern. Das war ein Umstand, der denen, die in der Heimat blieben und hier für die Verbesserung der Verhältnisse wirkten, die Arbeit ungeheuer erschwerte. Für die Arbeiter im übrigen Deutschland galt Ostpreußen als eine Art Sibirien. Das, was man von der Provinz gehört hatte, übte durchaus keine Anziehungskraft aus. Auch das zahlungsfähige Publikum, das überall auf der Suche nach Sommerfrischen und Erholungsstätten ist, hielt sich von Ostpreußen fern. Das wird sich voraussichtlich später ändern; die seither so entlegene Provinz dürfte in höherem Maße das Ziel von Vergnügungs- und Erholungsreisenden werden. Ostpreußen ist nämlich reich an landschaftlichen Reizen; man kann aber sagen, daß auch nach dieser Richtung die Provinz durch den Krieg erst entdeckt wurde.

Uns interessieren hier vor allem die Lohn- und Arbeitsbedingungen, und diese haben durch den Krieg oder richtiger durch die Inangriffnahme der Wiederaufbauarbeiten eine durchgreifende Änderung erfahren. Von einer Entdeckung Ostpreußens durch den Krieg kann im Hinblick auf das Wirken unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nicht wohl gesprochen werden. Unsere Organisation hat in der Provinz schon seit langen Jahren Fuß gefaßt und eine eifrige Werbetätigkeit entfaltet, deren Früchte freilich nur sehr langsam reifen. Am Ende des Jahres 1906 hatten wir in ganz Ostpreußen nur 1323 Mitglieder, von denen 984 allein auf Königsberg kamen, daneben hatte nur Sittit damals 181 Mitglieder, der Rest verteilte sich auf 8 andere Orte. Nur langsam ging es in der Folgezeit vorwärts, aber der zähen Werbearbeit gelang es doch, Fortschritte zu erzielen. Bei Ausbruch des Krieges hatten wir in Ostpreußen in 20 Orten rund 3000 Mitglieder.

Mit der Zeit wurde es auch möglich, einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen auszuüben. Es wurden Tarifverträge abgeschlossen, zunächst in Königsberg und Sittit. Bei Ausbruch des Krieges bestanden Tarifverträge in Allenstein, Goldap, Gumbinnen, Insterburg, Königsberg, Löben, Memel, Ortelsburg, Osterode, Rastenburg, Stollupönen und Sittit. Die Arbeitszeit war in Königsberg tariflich auf 54 Stunden festgelegt, in Sittit betrug sie 55 Stunden, in den anderen Orten war sie auf 56 bis 59, vereinzelt auch auf 60 Stunden normiert. In dem Königsberger Vertrag war ein Mindestlohn nicht festgesetzt. In den übrigen Verträgen schwankte der Vertragslohn zwischen 52 Pf. (in Insterburg) und 37 Pf. (in Rastenburg). Auch in den Städten, in welchen es zum Vertragsabschluß noch nicht gekommen war, waren inzwischen Anlässe für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen geschaffen worden; im großen und ganzen war man aber doch noch weit entfernt von zufriedenstellenden Verhältnissen sprechen zu können.

Mit der Inangriffnahme der Wiederaufbauarbeiten trat ein gründlicher Umschwung ein. Die Bauberufe hatten Hochkonjunktur, es mangelte aber an Arbeitskräften. Aus den oben angedeuteten Gründen war die Neigung zur Abwanderung nach Ostpreußen nicht sehr groß, zumal die fortgesetzten Einberufungen auch anderwärts einen Arbeitermangel herbeigeführt hatten. Wollte man die notwendigen Arbeiter nach Ostpreußen ziehen, und daß dies geschah, lag im öffentlichen Interesse, dann mußten ihnen entsprechende Arbeitsbedingungen geboten werden. Dieser Erwägung ist es zu verdanken, daß die Behörden ein lebhaftes Interesse für die Förderung des Tarifvertragswesens bekundeten. Es wurde im Frühjahr 1915 zunächst ein Tarifvertrag für das ostpreussische Baugewerbe abgeschlossen, und am 1. und 1915 folgten dann die unter der Leitung des Oberpräsidenten v. Patocki geführten Verhandlungen, die zum Abschluß der Vereinbarungen für das Holzgewerbe führten.

Diese bis zum 1. Oktober 1916 abgeschlossenen Vereinbarungen regelten an erster Stelle die Arbeitsvermittlung. Die Arbeitszeit wurde überall, wo sie nicht bereits tariflich fixiert ist, auf 57 Stunden herabgesetzt. Die Mindestlöhne wurden auf 53 bis 58 Pf. festgesetzt, also bedeutend höher als in den seitherigen Verträgen. Die Akkordsätze wurden unter Garantie des Mindestlohnes um 10 Prozent erhöht. Es handelte sich also um eine ganz wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die um so wertvoller und wichtiger war, als die neuen Bestimmungen für die ganze Provinz Geltung erlangten. Alle Orte wurden von der Regelung erfaßt, und alle Städte und Landkreise wurden einer der durch die Vereinbarung gebildeten Lohnklassen zugeteilt.

Unter den herrschenden Teuerungsverhältnissen muß bei allen Vereinbarungen auf eine angemessene Lohnfestsetzung das allergrößte Gewicht gelegt werden. Obwohl die vereinbarten Mindestlöhne die früher gezahlten Löhne beträchtlich überstiegen, wurden sie bald als nicht mehr ausreichend empfunden. Die tatsächlich gezahlten Löhne waren erheblich höher. Kurz vor Ablauf der Vereinbarungen wurde eine Erhebung veranstaltet, bei welcher in der ganzen Provinz 760 Holzarbeiter erfaßt wurden. Nach den hierbei gemachten Lohnfeststellungen gab es immerhin noch 19 Kollegen, die weniger als 55 Pf. verdienten. Zwischen 55 und 59 Pf. verdienten 36, 60 bis 64 Pf. hatten 114, 65 bis 69 Pf. erhielten 218, 163 Arbeiter verdienten 70 bis 74 Pf., 92 verdienten 75 bis 79 Pf., 64 Arbeiter verdienten 80 bis 90 Pf. und 20 hatten mehr als 90 Pf. Stundenlohn. Der Durchschnittsverdienst der Lohnarbeiter betrug 70 Pf. Die gleichzeitig aufgenommene Statistik über das Organisationsverhältnis ergab, daß von den 760 Arbeitern 552 dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angehörten, 37 waren im Hirsch-Wunderverschein und 6 in verschiedenen anderen Organisationen. Unorganisierte waren immer noch 155 vorhanden, doch befanden sich darunter 20 beurlaubte Soldaten und 18 Gefangene. Aus diesen Zahlen ergibt sich ohne weiteres, daß die Führung bei der Bewegung zur Erneuerung des Vertrages unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband zufallen mußte, der diese Aufgabe auch in der gewohnten exakten Weise gelöst hat.

Ueber das Ergebnis der am 27. September unter der Leitung des Oberregierungsrats Mand geführten Verhandlungen haben wir bereits in Nr. 41 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Am meisten fällt hierbei ins Gewicht, daß es gelungen ist, die Vertragslöhne ganz bedeutend zu erhöhen. Die Vertragsschließenden haben bei der Lohnfestsetzung die Methode angewendet, die seitherigen Vertragslöhne zunächst um je 3 Pf. zu erhöhen, also von 53 bis 56 Pf. auf 56 bis 59 Pf., und für Königsberg, wo bisher ein Mindestlohn nicht festgesetzt war, wurde ein solcher von 60 Pf. eingestellt. Diese so gewonnenen Grundlöhne wurden um 10 Pf. erhöht, und weiter wurde eine Teuerungszulage von 4 Pf. zugeschlagen. Ferner wurde bestimmt, daß am 1. März 1917 eine weitere Teuerungszulage von 4 Pf. in Kraft tritt. An diesem Tage beträgt dann der vertragliche Mindestlohn 74 bis 78 Pf. Das besagt, die Vertragslöhne sind insgesamt um 21 Pf. erhöht worden.

Ausdrücklich ist in den Vereinbarungen ausgesprochen, daß die festgesetzten Mindestlöhne tatsächlich die unterste Lohngrenze bilden sollen. Bei den Arbeitern, die bisher weniger verdienten, muß der Lohn eventuell um mehr als den angegebenen Betrag erhöht werden. Dagegen erhalten die Arbeiter, die seither schon mehr verdienten, mindestens die Teuerungszulage von je 4 Pf. am 1. Oktober 1916 und am 1. März 1917. Neu ist die Bestimmung über die Höhe des Monatszuschlages. Dieser beträgt, wenn Uebernahmen notwendig sind, für den Tag 4 Mk., andernfalls 1,35 Mk. Für Ueberstunden und Nachtarbeit war bisher ein Zuschlag von 10 bzw. 20 Pf. vorgesehen; dieser Zuschlag ist verdoppelt worden und beträgt nunmehr 20 Pf. bzw. 40 Pf.

Es sind also ganz erhebliche Vorteile, die der neue Vertragsabschluß unseren Kollegen in Ostpreußen gebracht hat. Sie erscheinen noch plastischer, wenn man die jetzt festgelegten Arbeitsbedingungen mit den Bestimmungen in den älteren Verträgen vergleicht. So enthält z. B. der für die Tischler in Sittit im November 1913 abgeschlossene Vertrag einen Mindestlohn von 40 Pf. Der neue Vertrag erhöht den Mindestlohn auf 77 Pf. Für die Tischler in Rastenburg galt bis zum Kriegsausbruch der im Mai 1912 abgeschlossene Vertrag mit einem Mindestlohn von 37 Pf.; jetzt ist für diese Stadt ein Mindestlohn von 75 Pf. vorgesehen. Verglichen mit den Vertragslöhnen vor dem Krieg, sind also die Vertragslöhne fast verdoppelt worden; wobei nicht übersehen werden darf, daß die tatsächlich gezahlten Löhne oft nicht unwesentlich höher sind als die Vertragslöhne.

Eine solche Lohnsteigerung war angesichts der Teuerung, die in Ostpreußen besonders empfindlich ist, durchaus notwendig. Das beeinträchtigt aber nicht die Bedeutung des erzielten Erfolges. Unsere ostpreussischen Kollegen waren bei ihren neuen Tarifabschlüssen vom Glück begünstigt, das Ergebnis wurde erzielt durch das Zusammenwirken verschiedener Momente, auf die sie zum Teil keinen Einfluß hatten. Aber auch unter sonst gleichen Bedingungen hätten sie die

Erfolge nicht erzielt, wenn ihren Forderungen nicht durch den Deutschen Holzarbeiter-Verband ein starker Rückhalt gegeben worden wäre. Dessen müssen sie eingedenk bleiben. Sie müssen dem Verband unerschütterlich die Treue bewahren und dafür sorgen, daß die in immerhin nicht ganz unerheblicher Zahl vorhandenen Unorganisierten dem Verband zugeführt werden. Nur gestützt auf eine kräftige Organisation werden sie das Erreichte sichern und ausbauen können, wenn sich die äußeren Umstände ungünstiger gestalten.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Ostpreußen haben nun eine sehr gründliche Besserung erfahren. Waren bisher ostpreussische Zustände für die Kollegen im Reich ein Gegenstand des Grauens, so hat sich das Bild jetzt völlig verändert. Wir können jetzt Ostpreußen als Vorbild hinstellen, dem unsere Kollegen überall nachzusehen müssen. Dieses Wort sollte sehr ernst genommen werden. In einer großen Reihe von Städten im ganzen Reich stehen wir an der Schwelle einer Tarifbewegung. Es sind Lohnforderungen gestellt, von deren Bewilligung es abhängen wird, ob wir unsere Verträge kündigen. Eine offizielle Anerkennung des Arbeitgeber-Schutzverbandes liegt noch nicht vor; wir wollen hoffen, daß er das Entgegengesetzte beweisen wird, welches allein eine Erschütterung des Gewerbes in der Kriegszeit verhüten kann.

Die Behandlung, welche die Frage der Teuerungszulagen bisher bei der großen Mehrzahl der Unternehmer gefunden hat, läßt erwarten, daß ihnen die Forderung einer Erhöhung der Löhne um 33 1/2 Prozent oder um 20 Pf. pro Stunde sehr hoch erscheinen wird. Bei dieser Forderung nehmen aber die Arbeiter den schwersten Teil der Last, die durch die Verteuerung geschaffen wurde, auf sich. Ein völliger Ausgleich der Löhne mit der eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung würde weit höhere Forderungen bedingen. Bisher sind uns die Unternehmer nur in sehr unzureichendem Maße entgegengekommen; jetzt müssen wir mit aller Entschiedenheit zu unseren Forderungen stehen. Daß sie bewilligt werden können, zeigen die Errungenschaften in Ostpreußen. Sorgen wir dafür, daß der Erfolg der eingeleiteten Bewegung dem in Ostpreußen gegebenen Vorbild entspricht.

### Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Um zu den Forderungen unserer Kollegen Stellung zu nehmen, hat der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes eine Versammlung seiner Städtevertreter auf den 17. Oktober nach Berlin berufen. Diese Versammlung war, wie die „Fachzeitung“ berichtet, aus dem ganzen Reich sehr zahlreich besucht. Ueber das Ergebnis dieser Versammlung bringt das Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes einen kurz zusammenfassenden Bericht, dem wir das Folgende entnehmen:

Nach der Eröffnung der Versammlung durch Herrn Obermeister Nihardt, gab zunächst namens des Zentralvorstandes Herr Dr. Albrecht-Düffeldorf einen eingehenden Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen des Vorstandes, der am Tage zuvor die zur Tagesordnung stehende Frage gründlich behandelt hatte. An diesem Bericht schloß sich eine mehrstündige Aussprache über alle Einzelheiten des Gegenstandes, in welcher eine vollständige Uebereinstimmung aller anwesenden Vertreter erzielt wurde. Am Schluß der Aussprache faßte der Vorsitzende die Ergebnisse derselben zusammen, und daraufhin wurden die Richtlinien für die nunmehr beginnenden Verhandlungen mit den Arbeitnehmern einstimmig durch Versammlungsbeschluß festgesetzt. Diese Verhandlungen mit den Arbeitnehmern sind nun sofort in den einzelnen Orten in die Wege zu leiten. Sie müssen so zeitig zum Abschluß gebracht sein, daß spätestens bis zum 29. dieses Monats über ihr Ergebnis an den Zentralvorstand berichtet werden kann. Auf Grund des Gesamtergebnisses wird dann vom Vorstande mit den Arbeitnehmervertretern verhandelt werden, und es ist zur endgültigen Beschlußfassung eine weitere Vertreterversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für den 6. November in Aussicht genommen.

### Die Kartoffelversorgung.

Bei der Besprechung der Kartoffelnot im Reichstag hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes die Schätzung der diesjährigen Kartoffelernte auf 40 Millionen Tonnen als mäßig bezeichnet. Die Ernte ist noch nicht beendet, es fehlt deshalb ein genauer Ueberblick, aber soviel scheint sicher zu sein, daß das Ergebnis der vorjährigen Ernte, die mehr als 50 Millionen Tonnen gebracht hat, bei weitem nicht erreicht werden wird. Die Aussichten für die Kartoffelversorgung sind also wenig erfreulich. Den augenblicklichen Mäten ist bisher nur in unzureichendem Maße abgeholfen; aus den verschiedensten Gegenden



des Reiches kommen bewegliche Klagen über ungenügende Zufuhren zur Deckung des täglichen Bedarfs. Die Beschlagnahme der Vorräte ist an verschiedenen Stellen angebrochen worden, es scheint aber, als ob diese Drohung noch nirgends verwirklicht wurde. Herr v. Batoeki hat sich feierlichst dafür verbürgt, daß der Höchstpreis nicht wieder erhöht werden soll. Ähnliche Versprechungen, wenn auch minder feierlich, sind schon früher gemacht, aber nicht innegehalten worden. Es erscheint daher begreiflich, daß manche Landwirte den neuen Erklärungen keinen besonderen Wert beimessen und es darauf ankommen lassen. Wir erwarten zwar bestimmt, daß sie sich verrechnen, aber trotzdem kann man nur wünschen, daß gegen die selbstsüchtigen Nahrungsmittelproduzenten mit der erforderlichen Strenge eingeschritten wird.

Inzwischen ist das Ergebnis der Beratungen, die Herr v. Batoeki mit den Regierungspräsidenten gepflogen hat, bekannt geworden. Der Stellvertreter des Reichsanzlers hat am 14. Oktober eine Bekanntmachung über Kartoffeln erlassen, die der Bevölkerung den ganzen Ernst der Kartoffelkrise zum Bewußtsein bringt. Die Bekanntmachung bestimmt, daß bis zum 15. August 1917 nicht mehr als 1 1/2 Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verwendet werden dürfen. Auch der Erzeuger darf in seiner Wirtschaft für sich und seine Angehörigen nicht mehr als 1 1/2 Pfund auf den Tag und Kopf verwenden. Im übrigen aber ist der Tageskonsum auf höchstens 1 Pfund festzusetzen und den Schwerarbeitern eine tägliche Zulage bis zu 1 Pfund zu gewähren. Ferner ist das Versäuern von Kartoffeln und Kartoffelerzeugnissen verboten; nur Kartoffeln, die als Speise- oder Fabrikartoffeln nicht verwendbar sind, dürfen an Schweine und an Federvieh verfüttert werden, und schließlich ist der Handel und der Verkehr mit Saatkartoffeln vorläufig verboten.

Durch diese letztere Maßnahme soll die Winterendeckung mit Kartoffeln gewährleistet werden. In einer Erklärung, die das Kriegsernährungsamt der neuen Kartoffelverordnung auf den Weg gibt, wird gesagt, die Vorschriften würden eine Milderung erfahren, wenn die später erfolgende Bestandaufnahme ein besseres Resultat ergeben sollte, als jetzt vorläufigerweise angenommen werden muß. Das ist eine Berührung, die wenig hoffnungsvoll klingt; wir werden uns damit abfinden müssen, daß die Kartoffeln für absehbare Zeit zu einer dauernden Einrichtung sind.

Das sind traurige Aussichten. Schon in Friedenszeiten fällt es der minderbemittelten Bevölkerung schwer, den Kartoffelverbrauch einzuschränken, und nun gar erst jetzt, wo es an allen Nahrungsmitteln mangelt, und das, was vorhanden ist, unheimlich teuer bezahlt werden muß. Kürzlich sind die Ergebnisse der Viehzählungen am 1. September veröffentlicht worden. Hiernach hat sich seit dem 15. April der Rindviehbestand um 2,1 Prozent, der Schweinebestand um 29,4 Prozent gehoben. Am genannten Tage gab es im Deutschen Reich 20 338 950 Stück Rindvieh gegen 20 994 000 am 1. Dezember 1913. Der Bestand ist also nur um 3,1 Prozent niedriger als im Frieden. Größer ist der Rückgang bei den Schweinen. Am 2. Juni 1913 waren 21 821 000 Stück vorhanden, am 1. September 1916 aber nur 17 261 108. Die Ergebnisse der letzten Erhebung berechtigen zu der Erwartung, daß das Manko in der Stückzahl in absehbarer Zeit gedeckt sein wird, freilich bleibt die Zahl der schlachtreifen Schweine noch weit hinter der entsprechenden Zahl des Friedensstandes zurück. Wir dürfen uns deshalb keine Hoffnung machen, daß die Fleischrationen so bald erhöht werden. Aber eine Herabsetzung der Viehpreise und eine Verbilligung des Fleischgenusses wäre möglich. Leider besteht an den maßgebenden Stellen hierzu geringe Neigung. Die neuerdings angekündigte Herabsetzung der Rindviehpreise erfolgt in einer so homöopathischen Dosis, daß der Verbraucher kaum etwas davon merken wird.

Ebenso ist es mit Gemüse und Obst, die gerade in der gegenwärtigen Zeit eine wertvolle Ergänzung der Volksernährung sein könnten, wenn sie zu erschwinglichen Preisen zu haben wären. In dieser Hinsicht hat das Kriegsernährungsamt die Erwartungen schwer enttäuscht. Ob ihm auch eine Unterlassungssünde bei der Bemessung der Höchstpreise vorgeworfen werden kann, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls sind die „billigen“ Gemüse so teuer, daß es wie ein Hohn klingt, wenn man sie als Volksnahrungsmittel empfiehlt. Für die minderbemittelte Bevölkerung bleibt die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel, und diese wird in so knappen Portionen zugeteilt, daß sie nicht einmal ausreichen, das Gefühl der Sättigung hervorzurufen. Von ihrem Nährwert wollen wir lieber schweigen.

Es sind schlimme Zeiten, in denen wir leben, wie kennen die Ursachen, und wir müssen uns wohl oder übel eingestehen. Aber wir können verlangen, daß jede Gelegenheit wahrgenommen wird, die Not zu mildern. Das geschieht jedoch bei weitem nicht in erforderlichem Maße. Das ist der Hauptgrund für die tiefe Misshimmung, die weite Kreise erfaßt hat. In der „Welt am Montag“ fordert Gerlach ein Verbot der Bierbrauerei. Der Bundesrat hat den Bierbrauereien 15 Millionen Zentner Getreide zugewiesen, das bedeutet einen täglichen Verbrauch von 41 000 Zentnern Getreide in Gestalt von Bier. Gewiß sind zahlreiche Erfahrungen direkt und indirekt von der Flüte des Brauereiwesens abhängig, aber Bier ist kein notwendiges Lebensmittel. Wenn die Getreide statt zur Bierfabrikation zur Schweinemast verwendet würde, magu sie sich vorzüglich eignen, dann könnte dadurch die Schweinezucht kräftig gefördert werden, und es würde statt eines entbehrlichen Genussmittels ein notwendiges Nahrungsmittel erzeugt.

Die Abschaffung der Biererzeugung würde einen starken Einfluß in die Lebensgewohnheiten weiter Kreise bedeuten, vermehrt wird man besonders in dem Bierland Bayern einen solchen Plan entgegengesetzt bekämpfen. Wenn wir aber nur die Frage gestellt sind, ob mit den Biertrinkern ihren Genuss lassen, oder ob wir lieber dazu beitragen sollen, daß die höchsten bezugten Ernährungsverhältnisse verbessert werden können, dann kann die Wahl nicht schwerfallen. Ist wirklich die Kartoffelration so knapp, daß die vorgesehene Einschränkung in der Zuteilung dauernd durchgeführt werden muß, dann hat die Regierung alle Ursache, kein Mittel unversucht zu lassen, der Not zu wehren. Der Hunger ist den Klagen an Hungererster!

### Soziales.

#### Die fünfte Kriegaanleihe.

Auf die fünfte Kriegaanleihe, die bis zum 5. Oktober zur Zeichnung ausgelegt war, ist die gewaltige Summe von 10 662 Millionen Mark gezeichnet worden. Die Summe wird sich noch erhöhen, wenn die Ergebnisse der Feld- und der Auslandzeichnungen vorliegen. Mit den vier früheren Anleihen zusammen beträgt die auf diesem Wege ausgebrachte Summe rund 47 Milliarden. Dieses Ergebnis der Anleihen wird als ein großartiger Erfolg bezeichnet, nicht mit Unrecht. Die deutschen Kapitalbesitzer erachten das Reich als kreditwürdig, und dieses ist wieder in die Lage versetzt worden, über die erforderlichen Mittel zur Kriegführung zu verfügen. Das ist ein Moment, das auf die feindlichen Länder einen moralischen Eindruck machen wird, um so mehr, als sie bei der Ausbringung der Kriegsmittel weit ungünstiger abschneiden als das Deutsche Reich.

Wenn wir uns an dieser Stelle noch einmal mit der Kriegaanleihe beschäftigen, so geschieht das nicht des Ergebnisses wegen, obwohl auch dieses einen näheren Besprechung wert wäre, sondern weil aus Mitteilungen, die uns zugegangen sind, zu schließen ist, daß der kurze Artikel über die Kriegaanleihe, den wir, einem Ersuchen der Generalkommission entsprechend, in unserer Nr. 30 abgedruckt haben, da und dort in den Kreisen unserer Kollegen Verwunderung erregt hat. Diese Verwunderung wäre verständlich gewesen, wenn eine Aufforderung an die Mitglieder gerichtet worden wäre, Kriegaanleihe zu zeichnen. Aber darum handelte es sich nicht. Es kam der Generalkommission nur darauf an, den Mitgliedern der Gewerkschaften zur Kenntnis zu bringen, daß vom Standpunkt der Gewerkschaften grundsätzliche Bedenken gegen die Anlage von Geldern in Kriegaanleihe nicht vorliegen. Unsere Kollegen sind in ihrer übergroßen Mehrzahl nicht so gestellt, daß sie von der Möglichkeit einer vorteilhaften Kapitalanlage Gebrauch machen können; wer aber Spargelder hat, die er auf längere Zeit festlegen kann, der könnte sich unbedenklich den höheren Zinsgenuß, den die Kriegaanleihe gewährt, sichern.

Inwieweit das geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Unser Verband hat keine Kriegaanleihe zeichnen können. Unter den Wertpapieren, aus denen sich das Vermögen der Verbandstasse zusammensetzt, befinden sich wohl Reichsanleihen früherer Emissionen. In der ersten Kriegszeit mußten aber die Wertpapiere verpfändet werden, um die notwendigen Barmittel flüssig zu machen, die erforderlich waren, um die gewaltigen Unterstufungen zu zahlen, die damals insbesondere an die arbeitslosen Mitglieder gewährt wurden. Seither haben sich die Kassenverhältnisse insoweit gebessert, daß die verpfändeten Wertpapiere, für die erheblicher Zins gezahlt werden mußte, ausgelöst werden konnten. Die Zeichnung von Kriegaanleihe kam jedoch für die Verbandstasse schon deshalb nicht in Betracht, weil die flüssigen Mittel nicht auf längere Zeit festgelegt werden können, sondern, zumal auch im Hinblick auf die jetzt eingeleitete Tarifbewegung, zur jederzeitigen Verfügung gehalten werden müssen.

Ob andere Gewerkschaften in der Lage waren, Kriegaanleihe zu zeichnen, wissen wir nicht; wo es unterblieben ist, dürfte es jedenfalls nicht aus grundsätzlichen Erwägungen geschehen sein. Es ist in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, festzustellen, daß auch die gesamte sozialdemokratische Presse, nicht nur Organe der Mehrheit, sondern mit ganz besonderem Eifer auch Organe der Minderheit, sich an der Reklame für die Kriegaanleihe beteiligt haben. Nicht nur im Inseratenteil, sondern auch im Text wurden Aufrufe veröffentlicht. Als besonders wirkungsvolle Reklame erwies sich das Faksimile eines Aufrufs des Feldmarschalls Hindenburg, welches die radikale Erfurter „Tribüne“ an der Spitze einer Nummer abgedruckt hat. Ja, selbst die in der sozialdemokratischen Partei wohl am weitesten linksstehende „Bremer Bürger-Zeitung“ hat den gleichen Hindenburg-Aufruf an sehr auffälliger Stelle auf der zweiten Textseite placierte. Ganz zu schweigen von der sonstigen Reklame, die für die Kriegaanleihe in der Presse gemacht wurde.

Aus solchen Tatsachen darf man wohl schließen, daß trotz aller Gegensätze in der deutschen Arbeiterschaft hinsichtlich des Wunsches, daß die Kriegaanleihe von Erfolg begleitet sein möchte, doch Uebereinstimmung herrschte. In dem von der Generalkommission ausgegangenen Aufruf hieß es: „Die Kriegaanleihen dienen der Sicherstellung des Reiches und damit der Entwicklungsmöglichkeit des deutschen Volkes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die auf diesem Wege ausgebrachten Mittel finden ihre Verwendung zur Versorgung unserer Volksgenossen an der Front, zur Pflege der Verwundeten und Kranken, zur Fürsorge für die Kriegsgeschädigten, zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer und zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens.“ Im Hinblick auf diesen Zweck ist es auch nicht abzusehen, daß ein Deutscher ernsthaft einen Mißerfolg der Kriegaanleihe hätte wünschen sollen.

Wir sind natürlich weit entfernt, in die Ledlieder auf die Zeichner der Kriegaanleihe einzustimmen. Die Opferwilligkeit, die sie bekundet haben, macht sich mit 5 Prozent recht gut bezahlt. Ebensonenig kann uns die Befriedigung über den Erfolg der Anleihe den Blick dafür trüben, daß die Schuldenlast des Reiches wiederum eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Allein um die Zinsen für die seither aufgenommenen Kriegaanleihen zu zahlen, wird das Reich künftig im Jahre 2 1/2 Milliarden ausbringen müssen. Selbst wenn, wofür bisher aber noch keine Neigung gezeigt wurde, der Hauptteil dieser Lasten auf den Besitz gelegt wird, wird das arbeitende Volk noch lange schwer unter den finanziellen Wirkungen des Krieges zu leiden haben. Zu wünschen wäre nur, daß der Krieg recht bald ein Ende nähme. Leider hängt das in erster Linie von dem Willen der Staatsmänner in den feindlichen Ländern ab, die aber noch jeden Gedanken an Frieden entschieden ablehnen. Sie bekunden immer aufs neue wieder, daß ihr Ziel darauf gerichtet ist, Deutschland eine vernichtende Niederlage beizubringen. Sie werden dieses Ziel zwar nicht erreichen, aber ihr Wille zwingt uns zur Fortsetzung dieses Verteidigungskrieges.

### Geldpostbriefe.

Bei den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen ist es begreiflich, daß dieses Thema in den Briefen an die Angehörigen im Felde eifrig erörtert wird. Damit werden aber die Verhältnisse nicht gebessert, erreicht wird dadurch nur, daß der Mann im Schützengraben sich in Sorge verzehrt über das Los der Familie in der Heimat, das er doch nicht ändern kann. Es ist gewiß nicht die Absicht der Frauen, ihren Männern an der Front das Leben noch schwerer zu machen, als es ohnehin ist. Das sollten sie aber auch beim Schreiben der Geldpostbriefe bedenken und ihrer Feder nicht freien Lauf lassen.

Noch notwendiger ist diese Vorsicht bei den Briefen an die Kriegsgefangenen. Diese Briefe unterliegen einer strengen Zensur; sie werden den Gefangenen erst ausgehändigt, nachdem sie von den dem Zweck angestellten Beamten des feindlichen Landes sorgfältig gelesen wurden. Diesen und ihren Auftraggebern macht es ein grimmiges Vergnügen, wenn sie aus den Briefen feststellen können, welche Wirkung der von England und seinen Verbündeten gegen die deutschen Frauen und Kinder geführte Ansehungs- und Ernährungsrieg hat. Das sollte verhütet werden, ganz abgesehen von dem niederdrückenden Eindruck, den solche übertriebene Schilderungen auf die kriegsgefangenen Angehörigen machen. Aus derartigen Darstellungen schöpfen die Wächter in den feindlichen Ländern die Hoffnung, durch den Hunger zu erreichen, was ihnen durch Waffengewalt nicht möglich ist: die Niederringung Deutschlands. Auf solche Weise bewirken die übertriebenen Elendschilderungen das Gegenteil dessen, was die Briefschreiber erstreben, sie tragen zur Verlängerung des Krieges bei.

In welcher Weise die fraglichen Briefe von den Feinden ausgenutzt werden, zeigt ein uns vorliegendes von französischen Fliegern in Deutschland in großen Mengen herabgeworfenes Flugblatt, in welchem eine große Zahl solcher an Kriegsgefangene gerichtete Briefe in photographischer Nachbildung wiedergegeben werden. Was mit diesen von feindlicher Seite herausgegebenen Flugblättern bezweckt wird, ist leicht zu erkennen. Wir haben aber in Deutschland gewiß keine Veranlassung, den Feinden solches Material zu liefern. Deshalb: Vorsicht bei Briefen ins Feld und in die Gefangenenlager!

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 44. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Oktober ist spätestens bis zum 2. November an uns einzufenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatschluß ein.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 21438 Karl Conrad, Masch.-Arb., geb. 2. 9. 59 zu Leipzig.
- 227937 Jul. Glöckner, Stellm., geb. 24. 10. 81 zu Böhm.
- 320516 Heinr. Brandes, Tschl., geb. 5. 10. 87 zu Vinden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitz.

#### Zentralkommission der Bergolder.

Bei den fortgesetzt steigenden Preisen aller Lebensbedürfnisse hat sich die Lage unserer Berufsgenossen ganz bedeutend verschlechtert. Die Unternehmer verhalten sich gegenüber dem Verlangen unserer Kollegen nach Teuerungszulagen vielfach ablehnend. Wo solche Zulagen bewilligt wurden, sind sie meist kaum der Rede wert. Das kommt aber in der Hauptsache daher, daß die Kollegen in der Vertretung ihrer Forderung nach Teuerungszulagen zu zaghaft waren. Wo sie mit der nötigen Entschiedenheit auftraten, da haben sie auch Erfolge errungen. Auch in Berlin haben unsere Unternehmer zunächst wenig Neigung zu Zugeständnissen bekundet. Als aber unsere Kollegen den erforderlichen Ernst zeigten, wurden sie nachgiebiger, und jetzt ist die für das Berliner Solzgewerbe vereinbarte Teuerungszulage von 25 Prozent auch für die Bergolder in großen und ganzen durchgeführt.

Den Kollegen und Kolleginnen unseres Berufes im ganzen Reich empfehlen wir, überall angemessene Teuerungszulagen zu verlangen und diese Forderung mit Nachdruck zu vertreten. Die berufenen Organe unseres Verbandes werden ein solches Vorgehen nach Möglichkeit unterstützen. Zunächst müssen sich aber unsere Kollegen in den Betrieben selbst rühren und damit zeigen, daß es ihnen Ernst ist mit ihrer Forderung. Ueber die erzielten Erfolge bitten wir, außer an den Vorstandsvorsitz auch an die Zentralkommission zu berichten.

#### Die Zentralkommission.

J. A. Heinz, Späthe, Berlin SO. 16, Rungestr. 30.

#### Paul Runge gefallen.

Nun ist auch der Vorsitzende der Zentralkommission der Stellmacher, der Kollege Paul Runge, ein Opfer des Weltkrieges geworden. Runge hat sich um die Ausbreitung unseres Verbandes, besonders unter den Stellmachern, große Verdienste erworben. Bald nach Beendigung seiner Lehrzeit trat er im Jahre 1905 dem Verband bei. Die Berliner Stellmacher wählten den eifrigen Kollegen trotz seiner Jugend im Jahre 1909 zum Obmann ihrer Branchenkommission, und er hat dieses Amt mehrere Jahre hindurch zu ihrer vollen Zufriedenheit verwaltet. Zu Beginn des Jahres 1914 wurde er zum Vorsitzenden der Zentralkommission der Stellmacher gewählt. Wenn auch der Krieg das Arbeitsgebiet der Zentralkommission eingeengt hat, so hat doch Kollege Runge sich nach Kräften bemüht, auch unter den schwierigen Verhältnissen den Aufgaben dieses neuen Amtes gerecht zu werden, bis er um die Mitte des Jahres 1915



zum Seeresdienst einberufen wurde. Nun haben wir die Nachricht erhalten, daß Paul Runge, wie so viele andere vor ihm, sein Leben im Kriege lassen mußte. Damit sind die Hoffnungen, die der Verband in ihn setzte, und die durch sein seitheriges Wirken begründet waren, vernichtet. Sein Andenken aber wird in Ehren gehalten werden.

Gewerkschaftliches.

Der Werkmeister-Verband und die Gelben.

Anlässlich des Kongresses für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln fand bekanntlich am 23. August d. J. eine Sondertagung der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen statt, in welcher unter anderem eine scharfe Erklärung gegen die Gelben angenommen wurde. (Sie ist in Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“ abgedruckt.) Diese Erklärung war auch vom Deutschen Werkmeister-Verband unterschrieben. Dieser Umstand hat weniger Aufsehen erregt als die Tatsache, daß der Vorstand des Werkmeister-Verbandes nachträglich das Bedürfnis gefühlt hat, seine Teilnahme an der Kundgebung zu verleugnen. In einer im Verbandsorgan veröffentlichten Erklärung wird gesagt, daß der Werkmeister-Verband zu der Sondertagung weder geladen war noch einen Vertreter entsandt hat; niemand habe daher die Berechtigung gehabt, dort irgendwelche Erklärung namens des Verbandes abzugeben. „Trotzdem hat ein Verbandsmitglied ohne irgendwelchen Auftrag und ohne irgendwelche Berechtigung der

Entschließung der Gewerkschaften zugestimmt. Für den Deutschen Werkmeister-Verband lag ebensowenig wie für die übrigen Angestellten-Verbände eine Veranlassung vor, zu dieser allein die Arbeiterorganisationen beschäftigenden Frage Stellung zu nehmen.“

Wie wir der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ entnehmen, richtet sich diese Absage zunächst gegen den Leiter der Berliner Geschäftsstelle des Werkmeister-Verbandes, Herrn Kroll, der bisher bei allen gemeinschaftlichen Beratungen der Arbeiter- und Angestellten-Verbände in der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge als offizieller Vertreter des Deutschen Werkmeister-Verbandes legitimiert war. Aus einer Veröffentlichung des Berliner Bezirksorgans des Werkmeister-Verbandes geht auch hervor, daß Herr Kroll berechtigt war, den Verband auf der Sondertagung der Gewerkschaften zu vertreten. Er hat seinen Auftraggebern über diese Sondertagung ausführlich berichtet, und „die kombinierte Vorstandssitzung“, so heißt es in dem Bericht, „stimmte den Ausführungen ohne Einwendungen zu“.

Der Gegensatz zwischen der Düsseldorf-Zentralleitung des Werkmeister-Verbandes und seiner Berliner Mitgliedschaft läßt darauf schließen, daß man sich auch im Werkmeister-Verband über die Bedeutung der gelben Vereine nicht im Zweifel ist. Während ein Teil der Mitglieder mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge hält, glaubt die Zentralleitung des Verbandes, auf die mächtigen Protektoren der Gelben Rücksicht nehmen zu müssen, und sie treibt diese

Rücksichtnahme bis zur Selbstverleugnung. Durch die Erklärung, die der Werkmeister-Verband veröffentlicht, hat er weder sein eigenes Ansehen noch das der Gelben gehoben.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die Kriegsschauplätze auf der Balkanhalbinsel und im Orient. Bei dem lebhaften Interesse, welches die Kämpfe auf der Balkanhalbinsel gerade gegenwärtig erregen, dürfte eine gute Karte dieses Gebiets vielen willkommen sein. Als solche kann die im Format von 54x69 cm in sechs Farben ausgeführte Karte, welche bei F. V. Brockhaus in Leipzig erschienen ist, empfohlen werden. Das Blatt enthält neben der Hauptkarte noch vier Nebenkarten und kostet 75 Pf.

Technik für alle. Technische Monatshefte. Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verlehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. Jahrgang 1916/17. Heft 5-7. Preis vierteljährlich 1,25 M. (Stuttgart, Verlag der Technischen Monatshefte, Francksche Verlagshandlung.)

Haus, Garten und Feld. 8. Jahrgang, 1916. Vereint mit: Der Garten, mit dem Beiblatt: Tierzüchter und Tierfreund. Kosmos-Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart (Francksche Verlagshandlung). Erscheint alle 14 Tage. Preis vierteljährlich 75 Pf.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das zweite Quartal 1916.

Table with columns for Einnahme (Main Office, Branches, Total) and Ausgabe (Travel, Work, Strike, Sick, etc., Total). Includes a summary section 'Abschluß' with total income and expenses, and a list of recipients for the next quarter.

Am Schlusse des zweiten Quartals zählte der Verband 788 Zahlstellen, das sind 4 weniger als im vorausgegangenen ersten Quartal und 46 weniger als am Schlusse des zweiten Quartals des Vorjahres.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 6918, davon waren 62127 männliche, 6496 weibliche und 65 jugendliche Mitglieder. 97252 Mitglieder waren nach den Berichten der Zahlstellen am Schlusse des zweiten Quartals zum Heere einberufen. Gegenüber dem ersten Quartal ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 197 zurückgegangen, während die Zahl der weiblichen Mitglieder um 86 und die der jugendlichen Mitglieder um 98 gestiegen ist. Gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres beträgt die Zunahme der männlichen Mitglieder 18338. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist um 355 und die Zahl der jugendlichen Mitglieder um 63 gestiegen. Neueinberufen wurden im zweiten Quartal 1555 Mitglieder.

Von den am Schlusse des Quartals bestehenden 788 Zahlstellen hatten, unter Berücksichtigung der zum Heere einberufenen Mitglieder, 323 Zahlstellen eine Zunahme und 202 eine Abnahme von Mitgliedern zu verzeichnen, während in 203 Zahlstellen der Mitgliederbestand unverändert blieb.

Die Zahlstellen mit einer Zunahme von mindestens 10 Mitgliedern sind folgende: Königsberg 56, Köslin 11, Memel 68, Silbit 25, Rostock 10, Schwerin i. Meckl. 26, Erdmannsdorf 10, Freiburg i. Schl. 17, Eignitz 15, Posen 19, Stenderburg 69, Finsterwalde 33, Guben 33, Hennigsdorf 16, Königswusterhausen 16, Landsberg a. W. 11, Ludenwalde 21, Ebersbach i. S. 15, Eppendorf 10, Geringswalde 17, Nischenbroda 28, Löbau 10, Meißen 25, Neugersdorf 11, Neuhäusen 10, Pirna 10, Radenau 31, Riesa 15, Schandau 13, Wilsdruff 16, Chemnitz 26, Eilenburg 13, Frankenberg 16, Gera 48, Johanneberg 10, Leipzig 317, Jänkau-Verdan 19, Bitterfeld 20, Coburg 20, Gotha 31, Mühlhausen 19, Sonneberg 14, Vornbach 11, Braunschweig 147, Zeitz 19, Eisleben 67, Halle 26, Magdeburg 89, Wittenberg 13, Bergedorf 10, Bremerhaven 32, Flensburg 22, Neudorf 136, Harburg 13, Kiel 29, Lübeck 49, Oldenburg 11, Vegesack 40, Hildesfeld 16, Bünde 13, Verford 22, Minden 26, Dornhausen 19, Hanau 19, Offenbach 14, Kronach 34, Schwab 26, Mühlberg 12, Müng. 77, Schwaben 13, Heilbronn 15, Stuttgart 119.

Unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Einberufenen wurde in nachfolgenden Zahlstellen ein größerer Verlust an Mit-

gliedern ermittelt: Rastenburg 10, Stettin 19, Berlin 118, Samter 24, Schneidemühl 23, Bautzen 22, Zeitz 30, Corbeitha 27, Bremen 29, Geesthacht 32, Dortmund 14, Düsseldorf 25, Köln 14, Frankfurt a. M. 74, Höchst 11, Mainz 17, Mannheim 90, Neu-Isenburg 15, Wiesbaden 12, Nürnberg 55, Ingolstadt 16, Karlsruhe 30, Kirchheim u. T. 13, Schweningen 12, Straßburg 13, Zuffenhausen 14.

Neuaufgenommen wurden im zweiten Quartal 4011 (im Vorjahre 4546) männliche, 1043 (468) weibliche und 193 (180) jugendliche, im ganzen 5247 (5194) Mitglieder. Gegenüber dem ersten Quartal sind dies 1382 Aufnahmen und gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres 53 Aufnahmen mehr.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug im zweiten Quartal 434 774 M., im vorausgegangenen ersten Quartal 438 479 M. und im zweiten Quartal des Vorjahres 535 139 M. Von den männlichen Mitgliedern wurden im zweiten Quartal 689 811 Beiträge zu 60 Pf., 4442 Beiträge zu 55 Pf. und 4721 Beiträge zu 50 Pf., zusammen 698 974 Beiträge, von den weiblichen Mitgliedern 57 060 Beiträge und von den jugendlichen Mitgliedern 7276 Beiträge entrichtet.

Siernach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 11,3 Beiträge, gleich 86,9 Prozent des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 8,8 Beiträge gleich 67,7 Prozent des Vollbeitrages und auf das einzelne jugendliche Mitglied 10,4 Beiträge gleich 80 Prozent des Vollbeitrages.

Der Anteil der Hauptkasse an den Lokalkassen betrug in diesem Quartal 35 440 M., an Extrabeiträgen gingen in dem gleichen Zeitraum 11 895 M. ein. Von den Lokalkassen wurden im zweiten Quartal 6632 M. als Zuschüsse an die Hauptkasse abgeführt.

Die Ausgaben sind auch in diesem Quartal gegenüber dem ersten Quartal geringer geworden. Die Arbeitslosenunterstützung ist von 47 479 M. im ersten Quartal auf 27 354 M. im zweiten Quartal gesunken. Die Krankenunterstützung ist von 102 653 M. auf 81 873 M. zurückgegangen.

Für Unterstützung an die Familien der zum Heere einberufenen stollgen wurden im zweiten Quartal 7386 M. gezahlt. An die Lokalkassen mußten von ihrem Guthaben 17 239 M. zurückgezahlt werden.

Von der Reiseunterstützung entfallen 174 M. auf die Auf-enthaltsunterstützung, welche an 119 Empfänger ausgezahlt wurde, und zwar an 11 Empfänger je für 3 Tage, an 33

Empfänger je für 2 Tage und an 75 Empfänger je für 1 Tag. Von den Empfängern entfallen auf die in Betracht kommenden Orte: Berlin 37, Breslau 3, Dresden 3, Hamburg 19, Köln 6, Leipzig 9, München 8, Bremen 6, Dortmund 2, Düsseldorf 3, Elberfeld 4, Essen 2, Frankfurt a. M. 4, Halle 1, Hannover 2, Königsberg 2, Mannheim 3 und Stuttgart 5 Empfänger.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Mehreinnahme von 159 806 M., im vorausgegangenen ersten Quartal war eine Mehreinnahme von 223 044 M. zu verzeichnen.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen im zweiten Quartal 1916.

Table showing income and expenses of local branches for the second quarter 1916, including a list of recipients for the next quarter.



Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das erste Halbjahr 1916.

Table with columns for Vorort, Einnahme (Kassenbestand, Beiträge, etc.), Ausgabe (Gehälter, Stützen, etc.), and membership statistics (Zahl der Mitglieder, etc.).

Der Abschluß der Gauabrechnungen für das erste Halbjahr 1916 ergibt eine Gesamtausgabe von 58 130 Mk. Im vorangehenden Halbjahr waren die Kosten um 2980 Mk. höher...

Bei Kassenrevisionen und Beihilfe im Kassenwesen beteiligten sich die Gauvorstände 435mal. Zahlstellen hatte der Verband am Schluß des ersten Halbjahres 788.

Der Verband vorst. i. S., Delligsen, Dören, Emmerich, Wilhermsdorf, Füllsen, Glinzburg, Freudenstadt, Triberg und Tübingen. Mit 69 242 Mitgliedern bleiben die 15 Gauen um 98 gegen den vorigen Bericht zurück.

Gestorbene Mitglieder. Wilhelm Gause, Tischler, 41 Jahre, gest. in Flensburg. Johann Böhm, Tischler, 54 Jahre, gest. in Breslau.

Tüchtige Tischler finden dauernde Beschäftigung als Abpußer und Polierer. Ferd. Thürmer, Sopranofortefabrik, Meissen (Sa.).

Mehrere gute Möbeltischler und Stuhlbauer sowie einige sauber arbeitende Polsterer stellen sofort ein Werkstätten Bernard Stadler, Paderborn. Sofort gesucht tüchtiger Möbeltischler für dauernde Arbeit bei gutem Lohn.

Mehrere tüchtige ältere militärfreie Möbeltischler, welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Richard Elze, Sübener & Co., G.m.b.H., Dessau.

Drechsler, Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter sucht bei hohem Lohn auf Kratzschleifmaschinen und Harmoniums. Bernhard Perle, Partha i. Sa. Tüchtige Tischler auf furnierte Möbel für dauernde Beschäftigung gesucht. Carl Förster Nachf., Möbelfabrik, Leipzig.

Maschinenarbeiter und Tischler auf andauernde Heeres- und Bauarbeit zu den mit dem Verbands neu vereinbarten Löhnen gesucht. Emil Kirchner, Banfabrik, Großenhain (Sa.).

Tüchtige Abpußer und Polierer für dauernd sofort gesucht. Uder & Feldrappe, Pianofortefabrik, Sena. 3 tüchtige Maschinenarbeiter oder Vorarbeiter gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen und Angabe über bisherige Leistungen erwünscht. C. W. Friede Sohn, Holzbearbeitungsfabrik, Nienburg (Weser).

Stuhlbauer suchen für sofort Schmidt & Hochstetter, Leisnig.

Stuhlbauer auf gute Stühle, Sessel und Garnituren sowie Polierer auf gute Arbeit für dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst gesucht. Kürsch & Sieber, Geringswalde i. Sa. Mehrere Korbmacher auf Mattarbeit, Weißgeschlagen und Geschloßkörbe. Einen auf etwas Gestellarbeit (Kinderchlaffkörbe) bei hohem Lohn zu sofort gesucht. Joh. Falck, Rostock i. Mecklb. Mehrere Korbmacher auf Geschloßkörbe gesucht. Wilh. Wacker, Bremen, Heerdentorsteinweg 43.

Korbmacher auf Geschloßkörbe, 15-Zentimeter-Langgranaten und Drillinge, sofort gesucht. Lohn Reichst. Karl Kretschmar, Zittau (Sa.), Löbauerstr. 70. 5 bis 6 Korbmacher auf Reise- und Waschkörbe stelle ein. Lohn nach Reichst. Karl Franke (Bruno Weißes Nachfolger), Schlettau im Erzgebirge. Korbmacher auf Geschloßkörbe sofort gesucht. Otto Busch, Eisleben. Solider Bürstenmacher sofort auf Alford gesucht. W. Alphet, Bodenem a. Harz. Gesucht 3 tüchtige Borstenmischer, 40 bis 45 Mk. Lohn, sowie 1 tüchtiger Drechsler auf Bürstenhölzer, 40 bis 45 Mk. Lohn. Feinr. Hoh, Bürstenfabrik, Bramfeld (Holst.). Bürstenmacher für Pechen, Mischen und Einziehen sofort gesucht. Ernst Theis, Cassel, Hohenzollernstr. 14. Solider Bürstenmacher auf Einziehen und Pechen zu sofortigem Eintritt bei gutem Alfordlohn gesucht. August Weigler, Lentkirch (Witbg.).

Aus meinem Leben von August Bebel, 7,25 Mk., Geschenkt-R. 8,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. NEUHEIT! Ziehklingenhalter! Zum Vorarbeiten! Geseht geschäftl. Preis in Eisen 1,30 Mk., in Aluminium 2,30 Mk. Nur zu haben beim Koll. Christensen, Berlin-Reinickendorf-Str. Seeht.24.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Wochenbericht vom Sonnabend, 14. Oktober, bis Freitag, 20. Oktober 1916. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B = Offene Arbeitsstellen, C = Gemeindefreie Arbeitsstellen am Schluß der Woche.

Tischler finden dauernde Beschäftigung. Schleifholzindustrie-Akt.-Ges. vorm. Kuschewich & Schmidt, Langensöls.

Tüchtige Tischler für vornehme eigene Herren- und Speisezimmer in dauernde Stellung gesucht. Niederländische Möbelfabrik, Rander a. Deister. Mehrere sauber arbeitende Möbeltischler auf Dessau und Schreibische sofort oder später gesucht. Beschäftigung dauernd und angenehm. Rich. Friedrich Nachf., Saffan (Kr. Graßwald). Ein tüchtiger Tischler, der Kenntnisse an Holzbearbeitungsmaschinen besitzt und den Gasmotor bedienen kann, sofort gesucht. Zeugnisse und Gehaltsansprüche werden vorher erwünscht. E. Hermann, Möbelfabrik, Johannsburg (Ohr.). Suche allseitig tüchtigen Tischlergehilfen, bis 50 Jahre alt, für alle vorerwähnten Arbeiten. Lohnbestimmung, Wohnung und Essen im Hause. F. Graf Meyer, Möbelfabrik, Eldorfen (Hannover).